



2013/05 Inland

<https://shop.jungle.world/artikel/2013/05/kinder-aus-gutem-hause>

Die fehlende Chancengleichheit in Deutschland

Kinder aus gutem Hause

Von **Lutz Getzschmann**

In Deutschland hängt der berufliche Erfolg überdurchschnittlich stark vom Elternhaus ab. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zur Chancengleichheit.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat nicht den Ruf, eine Instanz der kritischen sozialwissenschaftlichen Forschung zu sein. Das Institut, das sich neben öffentlichen Subventionen zu einem Gutteil über Forschungsaufträge von arbeitgebernahen Einrichtungen und Verbänden finanziert, fiel in den vergangenen Jahren häufig durch Studien auf, deren Ergebnisse sich in auffälliger Weise von dem unterschieden, was sämtliche anderen Forschungsinstitute über gesellschaftliche Tendenzen und die soziale Lage herausgefunden hatten. So stellte das DIW weder eine wachsende Armut fest, noch beobachtete es das Entstehen sozialer Risiken durch die Agenda 2010 und die Hartz-Gesetze. Als der damalige Leiter der Konjunkturabteilung, Gustav Horn, im Jahr 2004 die euphorische Einschätzung des damaligen Institutsleiters Klaus Zimmermann zur Agenda 2010 nicht teilen wollte, trennten sich ihre Wege. Seit 2005 arbeitet Horn für die gewerkschaftsnahe Hans-Böckler-Stiftung.

In letzter Zeit veröffentlichte das DIW jedoch einige Studien, die Belege dafür lieferten, dass die Vorstellung einer nivellierten Mittelstandsgesellschaft, deren gesellschaftliche Mobilität soziale Ungleichheit zu einem Problem der Vergangenheit erklärt, eine ideologische Fiktion ist. So stellte die im Dezember vorigen Jahres veröffentlichte Studie »Mittelschichtsgesellschaft unter Druck?« des DIW fest, dass die »Mittelschicht« in Deutschland in den vergangenen Jahren um mehr als fünf Millionen Menschen geschrumpft sei. Vom Zugewinn an Wohlstand habe nur »eine Elite in der Gesellschaft« profitiert.

Die Kontroverse, die daraufhin zwischen den Forschern des DIW und des Instituts für Wirtschaftsforschung in Köln entstand, die diesem Befund energisch widersprachen, zeigt letztlich vor allem die Unbrauchbarkeit des von den Vertretern der bürgerlichen Soziologie in Deutschland verwendeten Schichtenbegriffs zur Erklärung sozialer Ungleichheit. Immerhin können solche Meldungen von Vertretern der angewandten empirischen Sozialforschung ein Indikator für das Unbehagen der Bourgeoisie an den krisenhaften

gesellschaftlichen Verhältnissen sein.

Eine Studie des DIW zur Chancengleichheit in Deutschland, die Ende voriger Woche vorgestellt wurde, kommt nun zu dem Ergebnis, dass die Unterschiede im Bildungserfolg zu mehr als 55 Prozent vom Elternhaus abhängen. Die Ungleichheit zwischen den individuellen Arbeitseinkommen lasse sich zu etwa 40 Prozent durch den Familienhintergrund erklären. Im internationalen Vergleich sei das Maß an Chancengleichheit in Deutschland erschreckend gering, stellt Daniel Schnitzlein, der Autor der Studie, fest. Die Bundesrepublik befinde sich damit auf einer Stufe mit den Vereinigten Staaten am unteren Ende der Skala für Chancengleichheit. Am oberen Ende der Skala rangiere Dänemark, dort seien maximal 20 Prozent der Ungleichheit der Arbeitseinkommen auf familiäre Einflüsse zurückzuführen.

Als Datengrundlage für die Analyse diene das »Sozio-oekonomische Panel« (SOEP), eine Langzeitbefragung, für die das DIW in Zusammenarbeit mit TNS Infratest Sozialforschung seit 1984 jährlich eine repräsentative Stichprobe von Haushalten in Deutschland befragt. Für die Studie zur Chancengleichheit wurde, anders als in ähnlichen Erhebungen, kein Vergleich von Eltern und Kindern angestellt, sondern die sozioökonomische Ähnlichkeit von Geschwistern analysiert. Die Annahme, die diesem Ansatz zugrunde liegt, ist: Wenn ein substantieller intergenerationeller Zusammenhang vorliegt, sollten sich zwei Geschwister deutlich ähnlicher sein als zwei zufällig ausgewählte vergleichbare Individuen. Aus den ausgewerteten Daten ergibt sich für Männer eine Geschwisterkorrelation von 0,43. Das bedeutet, dass der Familienhintergrund 43 Prozent der Variation der Ungleichheit im individuellen Arbeitseinkommen der Männer erklärt.

Für Frauen liegt der Wert mit 39 Prozent etwas niedriger. Diesen starken Einfluss des Familienhintergrundes findet man, der Studie zufolge, nicht nur bei den individuellen Jahreseinkommen, sondern auch bei den Stundenlöhnen.

Wissenschaftliches Neuland wird mit der nun vorgelegten Studie nicht betreten. Der Bericht ist eine Zusammenfassung der bereits 2011 veröffentlichten Dissertation Schnitzleins. Diese wiederum basiert auf der Untersuchung jährlicher Durchschnittseinkommen der Jahre 2002 bis 2008. Interessant wäre es gewesen, zu erfahren, ob die Krise der vergangenen Jahre, die, wie diverse Forschungen zur Entwicklung der sozialen Unterschiede in Deutschland nahelegen, als Katalysator für die Verschärfung der ökonomischen Klassegegensätze gewirkt hat, hier ebenfalls zur Verstärkung einer bereits bestehenden Tendenz beigetragen. Aber auch in anderer Hinsicht sind die Erkenntnisse, die Schnitzlein aus den von ihm ausgewerteten Daten bezieht, kaum mehr als eine empirische Unterfütterung bereits – vor allem hinsichtlich der ungleichen Verteilung von Bildungschancen – vielfältig erwiesener Sachverhalte.

Dass das Bildungssystem berufliche Entscheidungen und Möglichkeiten beeinflusst und damit eine Schüsselfunktion für die Verringerung oder aber die Reproduktion sozialer Ungleichheit hat, wird auch in der DIW-Studie betont. Der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg ist für Deutschland seit langem belegt. So wiesen Jürgen Baumert und Gundel Schümer vom Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in einer Untersuchung im Rahmen der Pisa-Studie im Jahr 2000 darauf hin, dass Jugendliche aus der »gehobenen Dienstklasse« mit einer nahezu fünfmal höheren Wahrscheinlichkeit ein Gymnasium besuchen als Kinder von Facharbeitern und Facharbeiterinnen. Eine

Hamburger Grundschulstudie kam 2003 zu dem erschütternden Ergebnis, dass Kinder aus Arbeiterfamilien etwa 1,6 Mal höhere Leistungen erbringen müssen, um eine Gymnasialempfehlung zu erhalten, als solche aus der bildungsbürgerlichen Schicht. Dementsprechend sind derzeit gerade einmal 20 Prozent aller Gymnasiasten Arbeiterkinder.

Neuere Untersuchungen bestätigen solche Ergebnisse. Einer Allensbach-Studie von 2011 zufolge besuchen 77 Prozent der Kinder, deren Eltern selbst Abitur gemacht haben, ein Gymnasium. Bei Kindern, deren Eltern eine einfache Schulbildung haben, sind es nur 29 Prozent. Der aktuelle Entwurf des Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung stellt fest, Kinder aus Familien mit niedrigem sozialökonomischen Status würden »häufiger wegen Sprach- und Sprechstörungen, psychomotorischen Störungen sowie intellektuellen Entwicklungsstörungen von der Einschulung zurückgestellt«. Der erreichte Schulabschluss wiederum präge später die Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Wer aus einem sogenannten ungelernten Haushalt stamme, habe ein erhöhtes Risiko, selbst ungelernt zu bleiben. 31 Prozent dieser Kinder verblieben in der Position des Vaters. Für diejenigen, deren Eltern über eine Berufsausbildung verfügen, betrage der Vergleichswert 14 Prozent.

In eine ähnliche Richtung weisen die Ergebnisse einer im September 2012 vorgestellten Studie der Vodafone-Stiftung. Dort wird festgestellt, dass Kinder von Akademikern über eine etwa sechsmal höhere Chance verfügten, ein Studium aufzunehmen, als Kinder von Eltern ohne Hochschulabschluss. Die Chancen, das Abitur zu erreichen, seien für Schüler aus gebildeten Elternhäusern noch immer etwa siebenmal höher als für Schüler aus »bildungsfernen« Familien. Der Großteil der »Bildungsfernen« finde den Weg zur Studienberechtigung über alternative Wege wie etwa Fachschulen, Kollegs und berufsbildende Schulen. Der Ausbau der Gymnasien dagegen sei für diese Kinder »nicht zum Türöffner« für mehr Chancengerechtigkeit geworden.

Auch wenn diese Bestandsaufnahme des deutschen Bildungssystems nicht falsch ist, ist die Vodafone-Studie vor allem bemerkenswert, weil sie als charakteristisch für den halb von Paternalismus, halb von Klassenverachtung geprägten Blick der bürgerlichen Sozialforscher auf die Arbeiterklasse bezeichnet werden kann.

Der Begriff der »bildungsfernen Schichten«, der seit einigen Jahren das deutsche Äquivalent zum englischen »Chav« (Proll) bildet, bringt das auf den Punkt. Den so Stigmatisierten attestieren die an der Studie beteiligten Sozialwissenschaftler eine »Aufstiegsangst«, die diese vom Hochschulbesuch fernhalte. Dass die »feinen Unterschiede«, die die Zugehörigkeit und Nichtzugehörigkeit zum akademisch gebildeten Milieu des Bürgertums und des Kleinbürgertums dokumentieren, auch an den Hochschulen durchaus noch existieren, darüber legen wiederum entsprechende Bildungsstudien Zeugnis ab.

Eine Dimension allerdings bleibt auch in der DIW-Studie weitgehend ausgespart: Eine zentrale Chiffre für die Klassenzugehörigkeit ist, zumindest in großstädtischen Milieus, die Frage des Migrationshintergrunds im Hinblick auf die Klassenzugehörigkeit von Einwanderern, die an deren Kinder weitergegeben wird. Die Kinder türkischstämmiger ungelernter Arbeiter der Metallindustrie oder des Bergbaus haben eine unterdurchschnittlich geringe Gymnasialquote. Sie werden ihr Berufsleben mit relativ hoher Wahrscheinlichkeit als ungelernte Arbeitskräfte oder günstigstenfalls Facharbeiter bestreiten, während etwa die Kinder iranischer Migranten, bei denen es sich überwiegend

um politische Flüchtlinge aus der bürgerlichen Mittelklasse handelt, eine überdurchschnittlich hohe Gymnasialquote aufweisen. Entsprechend haben sie gute Chancen, zu den Bildungsaufsteigern zu gehören.